

Vorwort

»Wir leben in einem Überwachungsstaat« | »Die lügen wie gedruckt« | »Die machen doch eh, was sie wollen« | »Das Parlament ist ein Puppentheater | »Die, die wirklich regieren, werden gar nicht gewählt« ...

Viele dieser Sätze stehen für schwere Anzeichen von Verschwörungstheorien, für paranoide Wahnvorstellungen, für indiskutable Unterstellungen.

Doch all das, was wir in den letzten paar Jahren geballt erfahren durften, mussten, lässt so manche Verschwörungsfantasie blass aussehen.

Dass ›wir‹ abgehört werden, wenn wir selbst verdächtigt werden oder uns im Umfeld von ›Verdächtigen‹ bewegen, gehört zum Allgemeinwissen. Dagegen kann man sich auf zwei Weisen schützen: Man versucht alles, um nicht verdächtigt zu werden, strengt sich noch mehr an, in der Norm zu bleiben. Die zweite Möglichkeit besteht darin, all das, was man verbergen will, nicht am Telefon zu besprechen oder zu verschlüsseln. Der Kreis derer, die gedrängt sind, sich auf letztere Art zu verhalten, ist – in der Regel – überschaubar.

Gemeinhin spricht man von einer (schwierigen bis notwendigen) Balance zwischen der Achtung der Privatsphäre und den ›Sicherheitsinteressen‹. Doch was passiert, wenn sich diese Balance in ein Fallrohr verwandelt hat? Wenn nicht die Verdächtigen, sondern die Unverdächtigen Basis totaler Überwachung sind, wenn die Erfassung und Auswertung aller digitalen Spuren Grundlage für Profile ist, die über uns mehr verraten, als wir scheinbar selbst über uns wissen?

Dass es diesen Paradigmenwechsel gibt, wissen wir spätestens mit den Enthüllungen von Edward Snowden. Seit 2013 wissen wir dank

der veröffentlichten Dokumente, dass der US-amerikanische Geheimdienst NSA und der britische Geheimdienst GCHQ in Quantität und Qualität kriminelle Vereinigungen weit in den Schatten stellen. Aber genauso erdrückend sind die Belege, die das enge politische Geflecht der Zusammenarbeit und Kooperation aufzeigen. Dabei spielt der deutsche Auslandsgeheimdienst BND eine wichtige und verlässliche Rolle, aber auch all die Bundesregierungen, die sowohl die Ziele als auch die eingesetzten Mittel politisch decken. Mittel, die in bestem Wissen illegal sind und Ziele, die man ungern kommunizieren möchte.

Ein transnationales System, das in materiellem Sinne uferlos ist, das keine (nationalen) Grenzen kennt und keine Gesetze, weder die nationalen noch internationalen.

Nichts, aber auch nichts haben diese Überwachungsfabriken ausgelassen, weder die Bevölkerung, noch die Regierung, noch die Wirtschaft, noch die politischen Institutionen (wie die UNO in New York oder das EU-Parlament in Brüssel). Und auch das ist heute mehr als evident: Die deutschen Regierungen sind nicht Opfer, sondern integraler Bestandteil dieses totalitären Überwachungssystems.

Auch hier stellt sich die Frage: Wenn all dies keine Aliens einer unbekanntenen Galaxie verantworten, organisieren und aufeinander abstimmen: Wer sind dann diese Verfassungsfeinde?

Wenn all dies nicht zufällig, beliebig und ganz spontan geschieht, dann muss man systemische Fragen stellen, Fragen staatstheoretischer Art. Verändern Praktiken, die man unisono einer Diktatur zuweist, die Verfasstheit dieses Landes? Gibt es so etwas wie einen ›Staat im Staat‹?

Weder die Bewaffnung von Faschisten (in sogenannten Stay-behind-Operationsgruppen mit Bezug zur NATO) noch die totale Überwachung im Verbund mit ›unseren‹ Freunden wurden im Parlament diskutiert und beschlossen. Das wäre jemandem aufgefallen. Anders gesagt: Solche Entscheidungen werden in einem rechts- und demokratiefreien Raum gefällt und umgesetzt. Und alle politischen Verantwortlichen (ob als Regierung oder regierungswillige Opposition) wissen darum.

Dass es einen solchen staateigenen Untergrund gibt, ist mehr als eine implizite Annahme, eine indirekte Schlussfolgerung: Im Dezember 1990 gab die damalige Bundesregierung in einer lapidaren Pressemitteilung bekannt, »dass der deutsche Zweig [von Stay behind, d. V.] im April 1991 vollständig aufgelöst werden solle.«

Was sich wie das Abschalten von ein paar überflüssigen Verkehrsampeln anhört, ist nichts anders als das Eingeständnis, dass man seit den 60er Jahren Neonazis in paramilitärischen Einheiten organisiert hatte – deren Pendant in Italien unter dem Namen »Gladio« relativ bekannt wurde –, um sie als irreguläre Truppen gegen welchen Feind auch immer einzusetzen.

Damit wird die Existenz eines verschwörerischen Gebildes eingestanden, das es in der demokratischen Öffentlichkeit, in den offiziellen Verlautbarungen nie gegeben hat. Und dennoch wurde diese Form von Staatsterrorismus über 40 Jahre praktiziert, über alle Regierungskonstellationen hinweg fortgeführt.

Obwohl dieses Eingeständnis zum Staatsterrorismus für jeden zugänglich ist, ist das politische und journalistische Schweigen geradezu atemberaubend. Warum fragen die »Qualitätsmedien« nicht, wer über 40 Jahre lang Faschisten bewaffnet und rekrutiert hatte? Warum will »die Politik« nicht wissen, welche Taten ihnen zugeordnet werden können und müssen – inwieweit zum Beispiel der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 in diesen Kontext gestellt werden muss? Haben parlamentarische Kontrollgremien von »Stay behind« gewusst und das Ganze für rechtens befunden? Und wenn nein: Wer hat diesen Verfassungsbruch organisiert und gedeckt? Warum sind Justiz, Parlament und Medien hierbei so stumm, als gäbe es sie gar nicht (mehr)?

Dass all dies weder viel zu lange zurückliegt, noch Schnee von gestern ist, führt uns zu einem weiteren Schwerpunkt dieses Buches: Wenn man die Involviertheit staatlicher Behörden und fast aller maßgeblichen politischen Parteien mit der staatsterroristischen Struktur »Stay behind« als Matrix nimmt, reibt man sich bei der bis heute aufrechterhaltene Behauptung, man habe dreizehn Jahre lang nichts vom »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gewusst, nur die Augen.

Wenn man um die technischen und operativen Möglichkeiten der Überwachung weiß, um den Einsatz von über 40 V-Männern im Nahbereich des NSU, dann ist die Behauptung von der Ahnungslosigkeit eine Farce, wenn man sich allein die Tatsache vergegenwärtigt, dass zahlreiche V-Leute den neonazistischen Untergrund mit angelegt hatten (durch Bereitstellung von Geld, Papieren und Wohnungen).

Es gehört mittlerweile zum guten Ton, in diesem Kontext von einem »kompletten Behördenversagen« zu sprechen. Manche sprechen von Verselbstständigung der Geheimdienste, andere bemühen das Bild von einem Geheimdienst, der auf »dem rechten Auge blind« sei.

Stimmen diese Bilder und Erklärungen? Führen sie nicht genauso in die Irre, wie die Behauptung, Deutschland sei Opfer befreundeter, ausländischer Geheimdienste? Handelt es bei dem »NSA-Skandal« wirklich um böse US-Agenten, die die gutgläubigen und rechtschaffenen Freunde aus Deutschland hintergangen hätten?

Dass alle westlichen Staaten so etwas wie einen staatseigenen Untergrund haben, der sorgsam vor der Öffentlichkeit abgeschirmt wird, ist sicherlich keine ungeheure Unterstellung – wenn man sich an dieses Wort gewöhnt hat.

Im Amtsdeutsch hat dieser Untergrund längst einen unscheinbaren Namen: Er wird als »Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung« umschrieben. Ein Bereich hoheitlichen Handelns, der einvernehmlich mit der parlamentarischen Opposition (vor allem dann, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen will) aller institutioneller Kontrollen und Überprüfungen entzogen ist.

Gibt es für all diese Praxen ein gemeinsames Untergeschoss? Was bedeutet es für ein Staatsverständnis, wenn sich ein Teil des Staates im Untergrund befindet?

Und was passiert, in einer Gesellschaft, in einem Staat, wenn die »Unbescholtenen«, die »Unverdächtigen« die digitale Hetzmasse bilden, um die ausfindig zu machen, die all das (vorgeblich oder tatsächlich) in Gefahr bringen?

Die Beantwortung dieser Fragen hilft hoffentlich dabei, nicht an Türen zu klopfen, hinter denen sich nur noch Abstellkammern be-

finden. Vielleicht bewahrt sie uns auch dabei, mit falschem Werkzeug loszuziehen, wenn man zum Beispiel glaubt, dass ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss – wie der NSA-Ausschuss in Berlin – tatsächlich etwas grundlegend aufklären kann und will.

Mit all diesen Ereignissen sind Empörungen, ist aber auch viel Ohnmacht verbunden. Die realen Kräfteverhältnisse kann ein Buch nicht verändern. Aber es kann dazu beitragen, sich einen ›roten Faden‹ zu legen, der uns dabei hilft, sich nicht zu verlieren, sondern zusammenzukommen.